

Pole Position gehalten:

Regierungskoalition triumphiert bei den Parlamentswahlen in Malaysia

von Patrick Ziegenhain

Am 21. März 2004, am selben Tag an dem in Sepang mit dem Großen Preis die Formel 1 zu Gast in Südostasien war, fanden in Malaysia die elften Parlamentswahlen statt. Ähnlich unspektakulär wie der erwartete Sieg von Michael Schumacher im Autorennen, verlief auch die Stimmabgabe der rund sieben Millionen MalaysierInnen. Die seit Jahrzehnten mit absoluter Mehrheit regierende Barisan Nasional (Nationale Front) erreichte einen Mandatsanteil von 90,4 % und stellt mit Abdullah Badawi auch den Premierminister. Die formale Machtübergabe von Mohammed Mahathir, des politisch mächtigsten Manns Malaysias, auf seinen Nachfolger verlief also reibungslos.

Nach dem Vorbild der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien übernahm Malaysia ein parlamentarisches Regierungssystem. Ähnlich wie in Thailand und anders als in den Philippinen und ab 2004 in Indonesien entscheidet somit die Parlamentswahl nicht nur über die Zusammensetzung der Volksvertretung, sondern auch über die Regierung und den neuen Premierminister.

Ein Merkmal autoritärer Systeme

Malaysia besitzt nach den Kategorien des Politikwissenschaftlers Sartori ein hegemoniales Parteiensystem, ein charakteristisches Merkmal autoritärer Systeme, gleichermaßen wie Wahlausgänge mit über 90 %-Ergebnissen für die Regierungspartei. Dieses kam allerdings bei der Wahl 2004 in Malaysia nur durch die verzerrende Wirkung des Mehrheitswahlsystems zustande. In 219 Einzelwahlkreisen fand eine parteiengestützte Persönlichkeitwahl statt, bei der jeweils nur der Kandidat mit den meisten Stimmen einen Parlamentssitz erhielt, und die übrigen Stimmen nichts mehr wert waren. Das Mehrheitswahlsystem ist an sich nicht undemokratisch und wird beispielsweise auch durchgängig in den USA und Großbritannien angewandt. Es sorgte dafür, dass große Parteien, die

in bestimmten Wahlkreisen vorne liegen, einen deutlich höheren %satz von Mandaten erhalten, als es ihrem Stimmanteil entspricht. So erreichte bei den Parlamentswahlen in Malaysia die Regierungskoalition mit etwas weniger als 65 % der Stimmen über 90 % der Parlamentssitze.

Wenn auch das Wahlsystem nicht undemokratisch und die Wahlfreiheit gewährleistet war, so können die Wahlen insgesamt jedoch in keinem Falle als fair bezeichnet werden. Der Wahlkampf war auf acht Tage begrenzt, um oppositionellen Kräften wenig Zeit für die eigene Profilierung zu lassen. Da die Massenmedien fest in der Hand der *Barisan Nasional* sind und die Regierungsparteien auch über ungleich höhere finanzielle Ressourcen zur Wählergewinnung verfügen als die Opposition, kann von einem fairen Wettbewerb keine Rede sein. Die Wahlzettel waren mit Seriennummern gekennzeichnet, was dem Prinzip der geheimen Wahl zuwiderläuft, da zumindest vorstellbar war, dass nachverfolgt werden könnte, wer wie abgestimmt hatte. Darüber hinaus wurden zahlreiche aussichtsreiche Oppositionskandidaten mithilfe repressiver Gesetze wie dem *Internal Security Act* nicht zur Wahl zugelassen. Teilweise waren die entsprechenden Politiker noch nicht einmal rechtskräftig verurteilt, sondern befanden sich gegen Zahlung einer Kaution noch auf freiem Fuß.

Wichtigster Stützpfeiler der Regierung ist jedoch der Verwaltungsapparat, der die Regierungspartei selbst in den abgelegensten Winkeln des Landes unterstützt, und eine manipulierte und nicht unabhängige Justiz. Zusätzlich sorgen die wichtigsten nationalen Großunternehmen, die in klientelistischer Verbindung zu den politisch Mächtigen stehen, für weitere Unterstützung.

Objektive Gründe für Wahlerfolg

Es gibt jedoch auch objektive und nachvollziehbare Gründe für den Erfolg der Regierungsparteien. Premierminister Abdullah Badawi konnte neben einer kurz vor der Wahl gestarteten Antikorruptionskampagne vor allem bei orthodoxeren Muslimen punkten, die bei den Parlamentswahlen 1999 noch die radikalislamische PAS (*Partai Islam SeMalaysia*) unterstützten. Badawi, der aus einer angesehenen *ulama*-Familie kommt und Islamwissenschaften studiert hat, wirkte gerade auf ländliche und orthodoxe Muslime überzeugender als sein Vorgänger Mahathir. Darüber

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg und Vorstandsmitglied des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

hinaus profitierte er von der günstigen Wirtschaftsentwicklung, die Malaysia im Jahr 2003 ein Wirtschaftswachstum von 5,2 % beschert hatte. Die modernistische entwicklungsorientierte Agenda seines Vorgängers wird Badawi weiter konsequent umsetzen – allerdings auf Kosten von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten. In der neuen Regierung übernahm Abdullah Badawi nicht nur den Premierministerposten, sondern ernannte sich gleichzeitig auch noch zum Finanzminister und Minister für Innere Sicherheit. Die Tradition eines überaus starken Premierministers mit quasi-präsidentiellen Befugnissen in nahezu allen Politikbereichen wurde also in Malaysia fortgesetzt. Es bleibt die Frage, inwiefern der langjährige Premierminister Mohammed Mahathir noch Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen wird. Da er seit seinem Rücktritt Ende letzten Jahres keine offizielle Regierungsfunktion mehr hat, sondern »nur« noch als Berater tätig ist, zieht er nun wohl die Fäden hinter den Kulissen. Sein Arbeitszimmer ist jedenfalls direkt neben dem Palast des Premierministers in Putrajaya.

Für die heterogene Opposition bedeuteten die Parlamentswahlen einen herben Rückschlag. Konnte sie 1999 noch von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Asienkrise, der öffentlichen Empörung um die Inhaftierung des populären Vize-Premierministers Anwar Ibrahim und auch von einigen Korruptionsskandalen, in die Regierungsmitglieder verwickelt waren, profitieren. Dieses Mal hatte sie schlechtere Chancen. Die Oppositionsparteien verloren im nationalen Parlament elf Sitze und verfügen nun statt 32 nur noch über 21 Parlamentsmandate. Hauptverliererin war die PAS, deren Parlamentssitze von 27 auf sieben reduziert wurden.

Ausnahme: der Bundesstaat Kelantan

Einzig der Bundesstaat Kelantan im Nordosten Festland-Malysias blieb bei den gleichzeitig stattfindenden Bundesstaatsparlamentswahlen unter PAS-Regierung. Der dortige Ministerpräsident, Nik Aziz, hatte vor den Wahlen erklärt, in den Himmel kommen würde. Damit

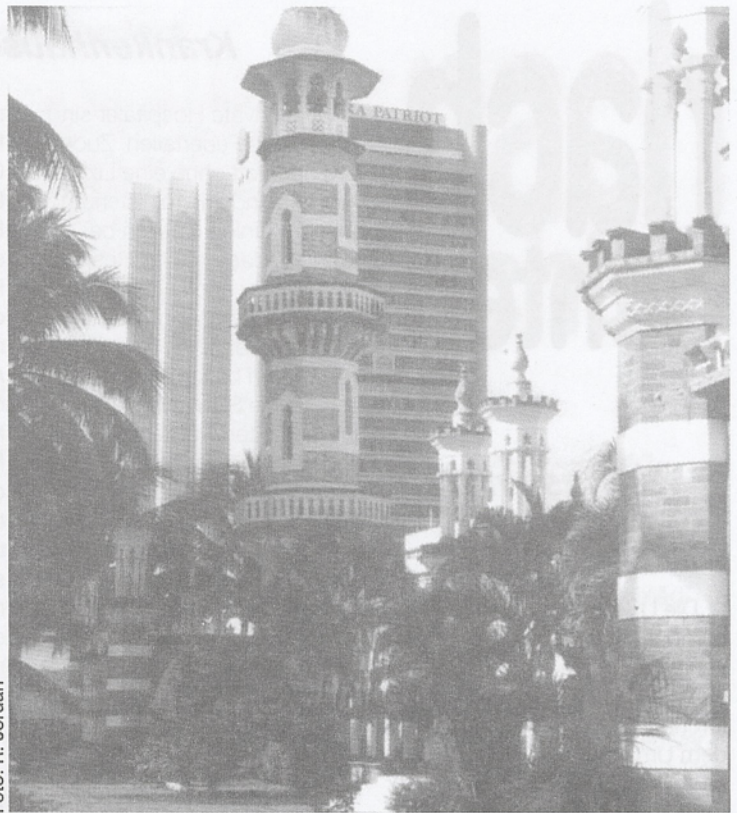


Foto: R. Jordan

Der neu gewählte Premierminister Abdullah Badani wird die Modernisierungsagenda seines Vorgängers weiter umsetzen — allerdings auf Kosten von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten.

implizierte er auch, dass denjenigen, die UMNO wählten, dies verwehrt bleiben würde. Erfolg zeitigte diese eine große öffentliche Debatte auslösende Äußerung allerdings kaum, denn PAS verlor zahlreiche Stimmen und konnte nur äußerst knapp seine Mehrheit in Kelantan halten (53,3 % der Parlamentsmandate). Der Nachbarbundesstaat Terengganu, der bei den letzten Wahlen noch von der PAS gewonnen werden konnte, ging dieses Mal eindeutig an die Regierungskoalition. Überhaupt dominiert diese in nahezu allen Bundesstaatsparlamenten. Sie stellt in Sabah 98,3 %, in Johor 98,2 %, in Pahang 97,1 %, in Selangor 96,4 %, in Penang 95 %, in Negeri Sembilan 94,1 %, in Perlis 93,3 %, in Melaka 92,9 %, in Perak 88,1 %, in Terengganu 87,5 % und in Kedah 86,1 % der Parlamentsmandate und hat dort nur wenig Opposition in den gewählten Volksvertretungen zu fürchten.

Die von chinesischstämmigen Malaysiern geprägte *Democratic Action Party* (DAP) konnte vor allem in den Großstädten Kuala Lumpur und Penang einige Mandate holen und ist mit insgesamt zwölf Parlamentssitzen nun stärkste Oppositionsgruppe im nationalen Parlament. Mit Karpal Singh und Lim Kit Siang schafften zudem zwei relativ profilierte Opposi-

tionpolitiker den Einzug ins Parlament. Die PKR (*Partai Keadilan Rakyat*), 1999 noch eine der größten Hoffnungsträgerinnen für mehr Demokratie in Malaysia, errang auf nationaler Ebene nur noch ein einziges Mandat. Die Parteiführerin und Ehefrau Anwar Ibrahims, Wan Azizah, holte den einzigen Parlamentssitz für PKR.

Die Forderungen der Opposition nach Begrenzung der Amtszeit des Premierministers auf zwei Wahlperioden, lokalen Wahlen, unabhängigen Gerichten, effektiven Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen und günstigeren Schul- und Studiengebühren hätten sicherlich mehr Rückhalt bei den Wahlen erfahren, wenn die Wahlentscheidung vieler MalaysierInnen nach inhaltlichen Kriterien erfolgt wäre. So setzte sich die jetzige Regierungskoalition mit ihrem Slogan »cemerlang, gemilang dan terbilang« (etwa: Stärke, Ruhm und herausragende Leistung) und den oben genannten Mitteln klar durch und kann – wenn nun doch nicht etwas Unerwartetes in Malaysia geschieht – in den nächsten fünf Jahren weiter mit einer 90 %-Parlamentsmehrheit regieren und dominieren.